

WK Nord-Deut.

Noch eine Planung für die B 212 neu?

23.1.14

SPD-Abgeordnete Mittag spricht vor Handwerksvertretern von einer guten Chance auf Kompromiss

Eine neue Streckenplanung der B 212 neu, die möglichst vielen Interessen entgegenkommt und dennoch den Bau nicht weiter verzögert? Die Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag (SPD) hält dies für möglich. Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch (CDU) diskutierte sie jetzt mit Vertretern des Handwerks. Neben der Bundesstraße war dabei vor allem die Bürokratie ein Thema.

VON GEORG JAUKEN

Berne-Lemwerder. Die Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag hat sich dafür ausgesprochen, die Streckenplanung für die B 212 neu zwischen Harmenhausen und Bremer Landesgrenze neu aufzurollen. Damit der Bau der Straße nicht durch langwierige juristische Auseinandersetzungen verzögert werde, sei ein rechtlich einwandfreies Raumordnungsverfahren notwendig, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete bei einem Treffen mit Vertretern des regionalen Handwerks in Berne. „Das Erste war es nicht. Das Zweite wird angezweifelt“, sagte Mittag mit Hinweis auf ein Gutachten, das schwere Verfahrensfehler bescheinige.

Ob die Fehler korrigiert werden können oder ein neues Raumordnungsverfahren erforderlich ist (es wäre das dritte), sei nicht entscheidend. Ziel sei es, die neue Straße nordöstlich statt südwestlich an der Ortschaft Deichhausen vorbei zum Bremer Autobahnring zu führen und auf einen Anschluss an die Stedingter Landstraße in Delmenhorst zu verzichten. Damit sei auch keine Entlastungsstraße für Delmenhorst auf Ganderkeseer Gebiet mehr nötig, die dort niemand wolle.

Der SPD-Abgeordneten geht es darum, das jahrelange Festhalten an einer falschen Planung aufzugeben, bei der das ursprüngliche Ziel – die Anbindung der Wesermarsch an Bremen – mit immer neuen Zielen überfrachtet worden sei. So sei es den Bremern zuletzt vor allem darum gegangen, dem geplanten Maut-finanzierten

Weser-Tunnel genügend Fahrzeuge zuzuführen.

Nach einem Gespräch mit Vertretern der Ministerien, Gemeinden, der Planungsbehörde, des Bremer Senats, Gutachtern und der „Interessengemeinschaft B212-freies Deich- und Sandhausen“ vergangenen Mittwoch in Hannover ist Susanne Mittag optimistisch, dass der Stadtstaat einer Korrektur zustimmen könnte. Würde es gelingen, eine Finanzierung des Tunnels durch Bund und Land zu erreichen, könnte sich Bremen bewegen. Eingriffe in die Natur seien bei beiden Streckenvarianten unvermeidbar, aber auch die Belange betroffener Anlieger müssten berücksichtigt werden. Die Probleme hält sie jedoch für lösbar. „Wir sind einem Kompromiss so nahe wie noch nie.“ Nachdem sich der Bau der B 212 neu bereits mehrfach verzögert hat, glaubt die Bundestagsabgeordnete, dass der derzeitige Zeitplan eingehalten werden kann, selbst wenn die Streckenplanung neu aufgerollt wird.

Die Handwerksvertreter, denen Susanne Mittag gemeinsam mit der CDU-Bun-

destagsabgeordneten Astrid Grotelüsch in Berne Rede und Antwort stand, wollen vor allem, dass die Straße zügig gebaut wird.

Für Hartmut Günnemann, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Delmenhorst, ist außerdem die Fertigstellung des Bremer Autobahnring, der sechsstreifige Ausbau der A 1 sowie der Ausbau der B 75 vom Autobahndreieck Delmenhorst in die Bremer Innenstadt von großer Bedeutung für die Wirtschaft der Region.

Bürokratische Hürden

Weitere Themen waren der Abbau der Bürokratie sowie die Abwehr von Versuchen, die Meisterpflicht im Handwerk weiter auszuhöheln. Bereits 2004 war der Meisterzwang in mehreren Gewerken aufgehoben worden. Die Zahl der Betriebe beispielsweise im Fliesenlegerhandwerk sei seitdem von 12 000 auf 68 000 hochgeschwollen. Die Zahl der Meisterprüfungen in der gleichen Zeit von 550 auf 100 pro Jahr gesunken, die der Auszubildenden von 4500 auf 2000. „Der exorbitante Anstieg von Selbst-

ständigen führt zu einem ruinösen Preiswettbewerb“, sagte Günnemann. Bei den Raumausstattern sei die Lage ähnlich. Hinzu komme, dass manche Solo-Selbstständige auch branchenfremde Arbeiten mit ausführten.

Eine von der Europäischen Union eingeleitete Überprüfung von Zugangsbeschränkungen im Berufsleben dürfe nicht dazu führen, dass solche Negativentwicklungen auf andere Branchen ausgeweitet werden, lautet die Forderung der Handwerksvertreter. Laut Thomas Sturm (Handwerkskammer Wesermarsch) würde das Handwerk dadurch auch in seiner Rolle geschwächt, junge Leute in die Gesellschaft zu integrieren. Grotelüsch und Mittag sagten Unterstützung zu.

Mit verschiedenen Beispielen machten die Handwerksvertreter darauf aufmerksam, wie die Bürokratie vor allen Dingen den Kleinbetrieben schwer zusetze. Da sei beispielsweise der Lehrling, der eine ausgeleierte Waschmaschine nicht zum Recyclinghof fahren dürfe, weil er keinen Anhängerführerschein habe. Oder der Geselle, der wie ein Berufskraftfahrer behandelt wird, weil die Baustelle mehr als 100 Kilometer entfernt ist und er die Tätigkeiten zwischen zwei Transporten nicht dokumentiert hat. Da ist das Baugerüst, das den Sicherheitsnormen entspricht und dessen Sicherheit durch eigene Gerüst-Beauftragte der Bau-, Dachdecker- oder Malerbetrieben noch mal einzeln dokumentiert werden muss, bevor es betreten werden darf. Und da sind Kfz-Betriebe, die Filialen in anderen Landkreisen eröffnen, weil es so schwierig sei, im Braker Kreishaus ein rotes Nummernschild für Fahrzeugüberführungen zu erhalten.

Dass manche gut gemeinte Regelung übers Ziel hinausschießt, sehen auch Astrid Grotelüsch und Susanne Mittag. Das Problem sei erkannt. An Handwerksvertreter und Kammern erging deshalb die Forderung Mittags, Vorschläge zu machen, wie Abläufe effektiver gestaltet werden könnten.



Die Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch (links) und Susanne Mittag diskutieren mit Vertretern des Handwerks über Verkehrspolitik und Bürokratieabbau.

GJ-FOTO: JAUKEN